



Landkreis Wolfenbüttel

Rechnungsprüfungsamt

B e r i c h t

über die Prüfung

des Jahresabschlusses 2010

des optimierten

Regiebetriebes Gebäudewirtschaft

(RGW)

des Landkreises Wolfenbüttel

Prüfer: Kreisamtmann Axel Kamp
Kreisamtmann Burkhard Mitzinneck

Prüfungszeit: 31.05.- 24.09.2012 (mit Unterbrechungen)
20 Prüfungstage

I. Prüfungsauftrag, -grundlagen und –umfang, Prüfungsvermerk	3
I.1 Prüfungsauftrag	3
I.2 Bestätigungsvermerk	4
I.3 Rechtliche Grundlagen	6
I.4 Prüfungsumfang und Prüfungsunterlagen	7
II. Feststellungen.....	7
II.1 Grundsätzliche Feststellungen.....	7
II.1.1 Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht.....	7
II.1.2 Weitere Feststellungen	9
II.1.2.1 Erledigung vorausgegangener Prüfungen	9
II.1.2.2 Liquiditätskredit.....	10
III. Jahresabschluss und wirtschaftliche Verhältnisse	10
III.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses	10
III.2 Wirtschaftliche Verhältnisse	11
III.2.1 Vermögens- und Finanzlage.....	11
III.2.2 Ertragslage (Ergebnisrechnung).....	14
III.2.3 Wirtschaftsplan.....	15
III.2.3.1 Erfolgsplan	16
III.2.3.2 Investitionsprogramm.....	17
III.2.3.3 Stellenübersicht	18
III.2.3.4 Anhang	18
Anlage I – Bilanz zum 31.12.2010	19
Anlage II – Ergebnisrechnung 2010	21
Anlage III – Anhang zum Jahresabschluss 2010.....	22
Anlage IV – Forderungsübersicht	31
Anlage V – Schuldenübersicht	32
Anlage VI – Anlagennachweis 2010.....	33
Anlage VII – Erläuterungen.....	34
Anlage VIII – Fragenkatalog nach IDW PS 720.....	41

I. Prüfungsauftrag, -grundlagen und –umfang, Prüfungsvermerk

I.1 Prüfungsauftrag

Mit der Einführung des neuen kommunalen Rechnungswesens (NKR) zum 01.01.2010 ergibt sich der Prüfungsauftrag im Wesentlichen aus dem NKomVG und der GemHKVO.

Die Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen (EinrVO-Kom) ist deshalb nach den Vorgaben des NKomVG anzuwenden, sofern dasselbe keine Spezialvorschriften enthält.

§ 9 Absatz 1 Satz 2 EinrVO-Kom stellt nach wie vor klar, dass der Jahresabschluss des RGW einen besonderen Teil des Jahresabschlusses des Landkreises darstellt.

Aus dieser Vorschrift leitet sich letztlich die Verpflichtung des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Wolfenbüttel ab, den Jahresabschluss des Landkreises - und somit letztlich auch den Jahresabschluss des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft (RGW) - gem. §§ 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG zu prüfen. Die Prüfung des RGW wird für das Wirtschaftsjahr 2010 letztmalig als Sonderprüfung durchgeführt, weil ab 01.01.2011 die Wiedereingliederung in die Landkreisverwaltung als Amt 23 erfolgt ist.

Hierbei ist zu fragen,

1. ob der Wirtschaftsplan eingehalten ist,
2. ob die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
3. ob bei den Erträgen und Aufwendungen des betrieblichen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Vorschriften und Gesetzen unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist,
4. ob das Vermögen richtig nachgewiesen (insbesondere richtig bewertet) ist.

Durch die Prüfung soll die Verlässlichkeit der im Jahresabschluss und Lagebericht enthaltenen Informationen bestätigt und insoweit deren Glaubhaftigkeit erhöht werden. Der Gegenstand der Prüfung schließt neben dem aus Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung und Anhang bestehenden Jahresabschluss die zugrundeliegende Buchführung (sowie die Kostenrechnung) und den Rechenschaftsbericht mit ein.

Die Prüfung erstreckt sich aber eben auch darauf, ob die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und sie ergänzende Bestimmungen (beispielsweise aus der ursprünglichen Zielsetzung des Kreistagsbeschlusses zur Errichtung des optimierten Regiebetriebes) beachtet worden sind.

Zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften gehört insbesondere,

- dass die Buchführung nachvollziehbar, unveränderlich, vollständig, richtig, insbesondere zeitgerecht und geordnet vorgenommen wird,
- dass der Jahresabschluss klar, übersichtlich und vollständig in der vorgeschriebenen Form mit den vorgeschriebenen Angaben aufgestellt ist und
- dass alle Posten zutreffend ausgewiesen sowie die Vermögensgegenstände und Schulden richtig bewertet worden sind.

Der Jahresabschluss soll - insbesondere zusammen mit dem Anhang (hier durch die Betriebsleitung Rechenschaftsbericht genannt, enthält alle Elemente) des Betriebes - ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln sowie darüber hinaus mögliche Risiken (allgemeiner, betrieblicher, finanzieller, usw. Art) der zukünftigen Entwicklung aufzeigen.

I.2 Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung, sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichtes des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft- letztmalig für das Wirtschaftsjahr 2010 geprüft.

Die Prüfung erstreckt sich auch auf

- die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung,
- die wirtschaftlichen Verhältnisse des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft sowie darauf,
- ob der Regiebetrieb wirtschaftlich geführt wird.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Anhang nach den Bestimmungen der NGO sowie den Regelungen in der Zielvereinbarung und die Geschäftsführung des Regiebetrieb Gebäudewirtschaft lagen hauptsächlich in der Verantwortung der Betriebsleitung des Regiebetriebes.

Die Jahresabschlussprüfung ist für das Geschäftsjahr 2010 in bekannter Weise in weiten Teilbereichen unter entsprechender Anwendung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgelegten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen worden.

- Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Rechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.
- Darüber hinaus soll mit hinreichender Sicherheit eine Beurteilung möglich sein, ob die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft Anlass zur Beanstandung geben sowie ob der Regiebetrieb wirtschaftlich geführt wird. Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde entsprechend dem für die vorliegende Arbeit modifizierten IDW- Prüfungsstandard: „Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG“ (IDW PS 720) durchgeführt (siehe Anlage VIII).

Die Anwendung des genannten Prüfungsstandards und eine entsprechende Berichtsgestaltung entsprechen am ehesten den Anforderungen sowohl des NKomVG als auch des Betriebes.

Ob der Regiebetrieb Gebäudewirtschaft auch wirtschaftlich geführt wurde, wurde u.a. anhand der Einhaltung der Daten des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2010 beurteilt.

Dabei ist es im Gegensatz zu einem Wirtschaftsprüfer auch Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Wolfenbüttel, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der Betriebsleitung, deren Übereinstimmung mit den rechtlichen Vorschriften und die Geschäftspolitik zu beurteilen. Insoweit wäre im Bedarfsfall auf das Mittel der Beanstandung von Einzelmaßnahmen, die die angegebenen Kriterien nicht erfüllen, mit dem Ziel einer Verhaltensänderung und einer damit einhergehenden Qualitätsverbesserung nicht verzichtet worden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Anhang überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasste die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs- und Rechnungslegungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Anhangs mit dem Rechenschaftsbericht. Wir sind der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Vor dem Hintergrund der auf dieser Grundlage gewonnenen Erkenntnisse und unter Berücksichtigung der nachfolgenden einschränkenden Feststellungen können wir bestätigen:

- 1. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften.**
- 2. Die Geschäftsführung erfolgte ordnungsgemäß.**
- 3. Die Entwicklung der Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität geben zu Beanstandungen keinen Anlass.**
- 4. Der Regiebetrieb Gebäudewirtschaft wurde wirtschaftlich geführt.**

I.3 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen haben sich vom Geschäftsjahr 2009 zum Geschäftsjahr 2010 maßgeblich geändert. Allein ausschlaggebend für die Aufstellung des Wirtschaftsplanes sowie des Jahresabschlusses sind die Vorschriften der GemHKVO. Bezogen auf den Jahresabschluss kommen hier insbesondere die Regelungen des 9. Abschnitts zum Tragen.

Der grundsätzliche Aufbau des Berichtes wird beibehalten; auf die Darstellung einer Kapitalflussrechnung wird verzichtet, da die komprimierte Form der Finanzrechnung ausreichend Auskunft über die Veränderung der Liquidität gibt.

I.4 Prüfungsumfang und Prüfungsunterlagen

Geprüft wurde der nach § 48ff. GemHKVO erstellte Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2010.

Dieser besteht aus der Bilanz, der Ergebnis- und Finanzrechnung sowie dem Anhang. Die Zielsetzung der Prüfung erfordert keine lückenlose Prüfung; die Prüfungshandlungen sind deshalb in Form von Stichproben durchgeführt worden.

Im Rechenschaftsbericht (vgl. § 57 GemHKVO) ist der Geschäftsverlauf und dessen voraussichtliche Entwicklung darzustellen.

Insbesondere ist in ihm auf Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, sowie auf zu erwartende finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, einzugehen.

Die Darlegungen sind dahingehend zu prüfen, ob die Ausführungen der Betriebsleitung im Einklang mit dem Abschluss sowie mit den bei der Erstellung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnissen bezüglich der Geschäftsentwicklung stehen.

Die Vollständigkeit des Berichtes sowie der in der Anlage VIII angeführte Fragebogen sind mit der Geschäftsleitung am 15.06.2012 erörtert worden.

II. Feststellungen

II.1 Grundsätzliche Feststellungen

II.1.1 Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht

Eingangs des Berichtes stellt die Betriebsleitung die rechtlichen Voraussetzungen für die Entstehung des Regiebetriebes sowie die rechtlichen Grundlagen für die Führung des Betriebes und die Erstellung des Jahresabschlusses dar.

Unter II. werden die Angaben zum Geschäftsverlauf mit ihren Abweichungen zum Wirtschaftsplan herausgestellt. Dabei wird insbesondere Wert auf die Analyse der steuerungsrelevanten Daten Verbrauch und Kosten gelegt.

Die Beschäftigtenzahl und -fluktuation und deren Auswirkung auf das Wirtschaftsergebnis wird dargestellt. Der Verzicht auf eine angemessene Eigenkapitalverzinsung wird erwähnt. Unter III. werden die vorgenommenen Baumaßnahmen kurz skizziert sowie der Verlustausgleich erörtert.

Am Schluss des Berichtes steht die prognostische Aufgabenbetrachtung bezogen auf die Wirtschaftsperiode 2011 und die Herausstellung möglicher Risiken hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung auf Grund der verwaltungsorganisatorischen Vorgaben sowie der Finanzierung von Maßnahmen.

Der Jahresabschluss mit Anhang und Rechenschaftsbericht ist dem RPA erstmalig mit Datum vom 05.01.2012 am 10.01.2012 zugeleitet worden. Diese Fassung stellte sich als fehlerhaft heraus und mit Datum vom 01.02.2012 wurde am 20.02.2012 eine korrigierte Fassung übersandt. Aufgrund bereits bestehender Prüfungsaufgaben konnte in die Prüfung mit Unterbrechungen erst am 31.05.2012 eingestiegen werden. Am 15.06.2012 erfolgte die Besprechung zur letztmaligen Korrektur von Anlagenachweis sowie Ergebnis- und Finanzrechnung, die mit Datum 20.06.2012 erfolgte. Dadurch und den hiermit im Zusammenhang stehenden Prüfungsabschluss konnten dem zuständigen Ausschuss sowie der Verwaltungsleitung neben den regelmäßigen Quartalsberichten keine weiteren steuerungsrelevanten Daten für die Wirtschaftsjahre 2011 und 2012 zur Verfügung gestellt werden.

Damit einher geht dann ein verspäteter Jahresabschluss 2011 für die Kernverwaltung, da die aus dem Jahresabschluss 2010 des RGW abzuleitenden Daten erst nach abgeschlossener Prüfung verifiziert werden können.

Maßgeblich für die verspätete Abgabe des Jahresabschlusses ist nach Auffassung des RPA der während der Abschlussphase 2011 vorgenommene Personalwechsel in der Buchhaltung. Anscheinend war der Betrieb nicht in der Lage, den Wissensverlust zeitnäher auszugleichen. Es erstaunt die Tatsache, dass die Betriebsleitung die eklatante Verspätung der Vorlage des Jahresabschlusses nicht weiter erläutert.

Nach unseren Feststellungen ist der Fortbestand des Betriebes unter sachgerechter Betrachtung der Möglichkeiten und der Risiken zutreffend wiedergegeben. Auf Grund der entstandenen Schwierigkeiten bei der Abschlusserstellung stellt der Bereich Gebäudewirtschaft im Sinne eines systemischen Prüfungsansatzes für das Folgejahr einen Prüfungsschwerpunkt dar.

Der RGW ist mit Wirkung vom 01.01.2011 als Teilhaushalt in den Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel zurückgeführt worden. Ziel der Prüfung des Jahresabschlusses des Landkreises Wolfenbüttel 2011 wird dann die Überprüfung sein, ob die Gebäudewirtschaft als Amt 23 im Haushalt angekommen ist.

Die Prüfung fand in einer offenen und kollegialen Atmosphäre statt, wobei festzustellen bleibt, dass trotz mehrerer mündlich getroffener Terminvereinbarungen immer wieder Erinnerungen hinsichtlich der Abschlusserstellung notwendig wurden und das durch eigene Terminsetzungen des Rechnungsprüfungsamtes eine unverzügliche und konsequente Prüfung nicht möglich war.

II.1.2 Weitere Feststellungen

II.1.2.1 Erledigung vorausgegangener Prüfungen

Die Ermittlung der Flächen der landkreiseigenen Liegenschaften und deren Eingabe in das Facility-Management-System ist auch in 2010, und, wie der Rechenschaftsbericht anmerkt, auch in 2011 nicht abgeschlossen worden. Derzeit ist für das RPA nicht zu beurteilen, ob der Prozess tatsächlich noch abgeschlossen werden kann.

Mit der Rückführung des RGW in den Kernhaushalt stellt sich deshalb auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Frage, ob die umfangreichen Vorarbeiten als Grundlage für den Abschluss von Mietverträgen und damit die Kalkulation von Mieteinnahmen sowie Nebenkostenabgaben, die Ausstattung der Räumlichkeiten, die liegenschaftsbezogenen Ausschreibungen usw., bei Nichtvorliegen flächendeckender innerer Verrechnungen noch wirtschaftlich sinnvoll sind.

Tatsächlich sind die Hinweise und mehrfachen Anregungen durch das RPA in vorangegangenen Berichten, diese Vorarbeiten sowie die Schulung der Kolleginnen und Kollegen, bezogen auf das EDV- Programm, zu forcieren, ohne Ergebnis geblieben.

Letztlich bleibt festzustellen, dass die Beschaffung des maßgeblichen Programmes zu einem Zeitpunkt erfolgt war, zu dem die zeitnahe Umsetzung weder personell noch sachlich möglich

gewesen ist. Konsequenz hieraus ist eine verfrühte Investition mit damit einhergehenden Zinsverlusten und nicht berechneten Folgekosten.

II.1.2.2 Liquiditätskredit

Der Regiebetrieb Gebäudewirtschaft war im Wirtschaftsjahr 2010 erneut in der Lage, den entstehenden Liquiditätsüberschuss zum Teil in Form eines Liquiditätskredits bis zur Höhe von 2.015.000,00 € an den Landkreis Wolfenbüttel weiterzugeben. Zum Jahresschluss und mit Übergang in den Teilhaushalt ist der Liquiditätskredit folgerichtig abgewickelt worden.

Dies erfolgt auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen dem Regiebetrieb Gebäudewirtschaft und dem Landkreis Wolfenbüttel vom 13.01.2005. Als Zinssatz wurde hierbei das arithmetische Mittel zwischen dem monatlich nachträglich von der Hausbank ermittelten Interbankenbriefmarktsatz für den Soll- und den Habenzinssatz festgelegt.

Die Zinserträge werden in der Finanzbuchhaltung unter dem Buchungskonto 3612000 verbucht und haben im Jahr 2010 insgesamt 6.913,46 € betragen.

III. Jahresabschluss und wirtschaftliche Verhältnisse

III.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft für das Wirtschaftsjahr 2010 ist, wie oben schon dargestellt, unseres Erachtens größtenteils unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften (Vorlagefrist bis 31.03.2011 – tatsächliche Vorlage : 20.06.2012) einschließlich der spezialgesetzlichen Vorschriften für Regiebetriebe (EinrVO-Kom und dazu ergangene Erlasse) sowie der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung erstellt worden.

Die Prüfung hat ergeben, dass die entsprechend der EinrVO-Kom bzw. der GemHKVO vorgeschriebenen Muster für die Bilanz und die Ergebnis- und Finanzrechnung beachtet worden sind.

Erträge und Aufwendungen sind zeitgerecht erfasst worden; die Bestandsnachweise haben vorgelegen. Der Rechenschaftsbericht (Anlage III zu diesem Bericht) enthält die nach § 57 GemHKVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen.

III.2 Wirtschaftliche Verhältnisse

III.2.1 Vermögens- und Finanzlage

In der nachstehend aufgeführten Kurzdarstellung ist die Bilanz nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten abgebildet und dient als Grundlage der nachstehenden Erläuterungen:

	31.12.2010		1.1.2010		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Aktiva *)					
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sach- und Finanzanlagen	51.041	97,56	48.301	92,70	2.740
Langfristig gebundenes Vermögen	51.041	97,56	48.301	92,70	2.740
Übrige kurzfristige Forderungen	128	0,24	2.876	5,50	-2.747
Flüssige Mittel	1.150	2,20	904	1,70	246
*) Rundungsdifferenzen möglich	52.320	100,00	52.081	99,90	239
Passiva					
Nettoposition	40.333	77,10	40.042	76,90	290
Sonderposten	3.542	6,80	2.602	5,00	940
Langfristige Verbindlichkeiten	8.184	15,60	9.002	17,30	-818
Langfristig verfügbare Mittel	52.059	99,50	51.647	99,20	412
Rückstellungen und kurzfristige Verbindlichkeiten	261	0,50	434	0,80	-174
	52.320	100,00	52.081	100,00	239

Die **Bilanzsumme** hat gegenüber dem Vorjahr um 0,46 % zugenommen; ausschlaggebend hierfür ist die Erhöhung der Nettoposition und der Sonderposten.

In den Passiva sind insbesondere die Sonderposten erneut deutlich gestiegen; im Bereich der langfristigen Verbindlichkeiten entspricht die Verringerung der regelmäßigen Tilgung. In 2010 sind die Rückstellungen durch die pflichtige Hereinnahme der Rückstellungen für die Inanspruchnahme der Altersteilzeit gegenüber dem Vorjahr um fast 67 % gestiegen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten haben sich um gut 260 T€ verringert.

Die **Investitionen** haben in 2010 deutlich zugenommen. Dies resultiert aus der Umsetzung der in 2009 abgeschlossenen Planungen. Viele der Investitionen werden erst in Folgejahren abgeschlossen (Zunahme der Anzahlungen für Anlagen im Bau um gut 2.014 T€).

Die Abnahme der **kurzfristigen Forderungen** erklärt sich im Wesentlichen aus der Abwicklung von Forderungen gegenüber dem Landkreis (Liquiditätskredit). Im Detail sind diese Forderungen in Anlage IV dargestellt.

Die **Nettoposition** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.230 T€ erhöht; zugleich ist deren Anteil an der Bilanzsumme um 0,2 % gestiegen.

Das **langfristig gebundene Vermögen** ist zu 79 % durch die Nettoposition abgedeckt (Vorjahr 82,9 %). Darüber hinaus ist das langfristig gebundene Vermögen durch langfristig verfügbare Mittel vollständig gedeckt.

Die nachstehende komprimierte Finanzrechnung zeigt diejenigen finanzwirtschaftlichen Vorgänge, die letztlich die Veränderung der liquiden Mittel bewirkt haben (Aktiva Pos. 4 der Bilanz).

Einzahlungen und Auszahlungen		Ergebnis 2010
		- € -
	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	
1.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.430,00
2.	privatrechtliche Entgelte	6.601.387,53
3.	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	49.424,39
4.	=Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.660.241,92
5.	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	
6.	Auszahlungen für aktives Personal	1.448.912,42
7.	Auszahlungen für Sach- und Dienstleist. und für geringwertige Vermögensgegenst.	3.599.775,02
8.	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	231.999,69
9.	sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	40.586,12
10.	=Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.321.273,25
11.	=Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 4 und 10)	1.338.968,67

	Einzahlungen für Investitionstätigkeit	
12.	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.027.473,08
13.	Sonstige Investitionstätigkeit	2.116.159,42
14.	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.143.632,50
	Auszahlungen für Investitionstätigkeit	
15.	Baumaßnahmen	2.873.508,13
16.	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	145.271,91
17.	Sonstige Investitionstätigkeit	400.000,00
18.	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.418.780,04
19.	= Saldo aus Investitionstätigkeit (=Zeilen 14 und 18)	-275.147,54
20.	= Finanzmittel-überschuss/-fehlbetrag (Summe Zeile 11 und 19)	1.063.821,13
	Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	
21.	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00
22.	Auszahlungen a. Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung v. in. Darlehen f. Investitionstätigkeit	817.952,48
23.	=Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Zeile 21 und 22)	-817.952,48
24.	= Finanzierungsmittelbestand (=Zeilen 20 und 23)	245.868,65
25.	+/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres	904.313,71
26.	Endbestand an Zahlungsmitteln (liquide Mittel Ende des Jahres)(= Zeilen 24 und 25)	1.150.182,36

Die vorliegende Darstellung ersetzt die Kapitalflussrechnung der Vorjahre, weil ihr Informationsgehalt derselbe ist.

Der Gesamtumfang der Investitionen war zu ca. 92 % aus der Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gedeckt. Rund ein Drittel der eingezahlten Mittel erfolgte in Form von Zuwendungen Dritter. Tatsächlich zeigt die Differenz zwischen dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo aus laufender Investitionstätigkeit einen deutlichen Finanzierungsüberschuss, der letztlich zur Tilgung von Krediten und zur Rückzahlung von Darlehen genutzt worden ist. Das Guthaben bei der Hausbank entwickelte sich von 904 T€ auf 1.150 T€. Der Liquiditätskredit (1.615 T€) ist zum Ende des Wirtschaftsjahres -durch die Wiedereingliederung des Regiebetriebes in die Kernverwaltung- vollständig abgelöst worden.

Der rechnerische **Finanz(ierungs)überschuss** sank bei den langfristigen Finanzierungsverhältnissen gegenüber dem Vorjahr um 2.328 T€ auf 1.018 T€. Die goldene Bilanzregel besagt, dass langfristiges Vermögen auch langfristig finanziert sein soll. Im Falle des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft ist diese Grundregel trotzdem auch in diesem Wirtschaftsjahr vollständig erfüllt worden.

Liquiditätsschwierigkeiten waren nach Ansicht der Prüfung nicht ersichtlich.

III.2.2 Ertragslage (Ergebnisrechnung)

Ertragslage *)	2010		2009		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
*) Rundungsdifferenzen möglich					
priv.-rechtl. Entgelte	6.669	95,31	6.804	96,64	-135
aktivierte Eigenleistungen	155	2,21	107	1,52	48
Sonstige ordentliche Erträge	97	1,39	57	0,81	40
außerordentliche Erträge **)	27	0,39	14	0,20	13
Zinsen und ähnl. Finanzerträge **)	49	0,70	59	0,84	-10
Betriebliche Erträge gesamt	6.998	100,00	7.041	100,00	-43
Aufwendungen f. Personal	1.545	22,78	1.499	21,24	46
Aufwendungen f. Sach- u. Dienstleistungen	3.495	51,54	3.861	54,70	-366
Abschreibungen	1.469	21,66	1.396	19,78	73
Sonstige ordentliche Aufwendungen	41	0,60	50	0,71	-9
außerordentliche Aufwendungen **)	0	0,00	1	0,01	-1
Zinsen und ähnl. Aufwendungen **)	232	3,42	252	3,57	-20
Betriebl. Aufwendungen ges.	6.782	100,00	7.059	100,00	-277
Betriebsergebnis	216		-18		234

**) NKR-Eigenart, im HGB nicht vorhanden

Die **privatrechtlichen Entgelte** (im Vorjahr hauptsächlich „Umsatzerlöse“ aus Mieten und Nebenabgaben zur Miete) haben gegenüber dem Vorjahr um 135 T€ (entspricht 1,98 %; Vorjahr: + 2,31 %) abgenommen.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** beinhalten Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (88 T€) sowie Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land (9 T€). Die Erträge aus Erstattungsleistungen (Versicherungen und Dritte; 27 T€) sowie periodenfremde Erträge (0 T€) stellen nunmehr, weil nicht dem Betriebszweck entsprechend, die außerordentlichen Erträge dar.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** (vorher im Wesentlichen „Materialaufwand“) sind um fast 9,5 % gesunken; hauptverantwortlich hierfür sind u.a. die witterungsbedingt geringeren Heizungskosten. Steigerungen im Bereich der Reinigungsleistungen waren in vertretbarem Maße zu verzeichnen. Hier sei auf Anlage III, Ziff. II. 2. Lit. b), verwiesen.

Die Aufwendungen für **Personal** umfassen die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sowie die Aufwendungen für soziale Abgaben sowie für Altersversorgung und Unterstützung (1.545 T€ ggü. Vorjahr + 46 T€).

Vom Gesamtbetrag der **Abschreibungen** (1.417 T€) entfallen unter anderem Teilbeträge in Höhe von 1.347 T€ auf Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten, in Höhe von 4 T€ auf das im Jahre 2006 beschaffte und in 2007 erweiterte EDV- Programm, in Höhe von 59 T€ auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung (inklusive der Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter) und schließlich in Höhe 7 T€ von auf die Abschreibung von Fahrzeugen, Maschinen und maschinellen Anlagen.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** (41 T€) werden im Wesentlichen bestimmt durch die Aufwendungen aus Bürobedarf, Bücher und Zeitschriften (4 T€), Reisekosten (7 T€), Gerichts-, Sachverständigen- und Prüfungskosten (15 T€) sowie den pauschalierten Post- und Fernmeldegebühren (5 T€).

Als HGB-orientiertes **Finanzergebnis** ergäbe sich aus dem Saldo von Zinsaufwendungen (232 T€) und Zinserträgen (49 T€) ein Betrag in Höhe von - 283 T€

Der betriebliche **Jahresüberschuss** aus dem ordentlichen Ergebnis (189 T€) und dem außerordentlichen Ergebnis (27 T€) beträgt 216 T€

III.2.3 Wirtschaftsplan

Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel hat den jährlich aufzustellenden Wirtschaftsplan, der sich aus dem Erfolgs- und dem Vermögensplan sowie der Stellenübersicht zusammensetzt, zusammen mit der Haushaltssatzung in seiner Sitzung am 22.02.2010 beschlossen.

III.2.3.1 Erfolgsplan

*)	Ergebnis 2010		Erfolgsplan 2010		+ / -
	T€	%	T€	%	T€
*) Rundungsdifferenzen möglich					
priv.-rechtl. Entgelte	6.669	95,31	6.633	95,17	36
aktivierte Eigenleistungen	155	2,21	150	2,15	5
Sonstige ordentliche Erträge	97	1,39	122	1,74	-24
außerordentliche Erträge **)	27	0,39	5	0,07	22
Zinsen und ähnl. Finanzerträge **)	49	0,70	60	0,86	-11
Betriebliche Erträge gesamt	6.998	100,00	6.970	100,00	28
Aufwendungen f. Personal	1.545	22,78	1.463	20,52	82
Aufwendungen f. Sach- u. Dienstleistungen	3.495	51,54	3.841	53,87	-346
Abschreibungen	1.469	21,66	1.554	21,79	-85
Sonstige ordentliche Aufwendungen	41	0,60	40	0,56	1
außerordentliche Aufwendungen **)	0	0,00	0	0,00	0
Zinsen und ähnl. Aufwendungen **)	232	3,42	232	3,25	0
Betriebl. Aufwendungen ges.	6.782	100,00	7.130	100,00	-348
Betriebsergebnis	216		-160		376

**) NKR-Eigenart, im HGB nicht vorhanden

Die Aktivierung von erbrachten Eigenleistungen war im Erfolgsplan 2010 mit 150 T€ vorgesehen.

Aktivierte Eigenleistungen sind innerbetriebliche Leistungen, im vorliegenden Fall z.B. Baubetreuungsleistungen durch Personal des Regiebetriebes im Zusammenhang mit Neubauten, die ebenfalls einen betrieblichen Ertrag darstellen, auch wenn kein Gewinn entsteht, sondern sich nur eine Vermögensumschichtung vollzieht.

Gekaufte und selbsterstellte Anlagen müssen im Jahresabschluss in gleicher Weise behandelt werden. Das bedeutet, dass der Wert der selbsterstellten Anlagen (Eigenleistungen) auf der Aktivseite der Bilanz auszuweisen ist.

Dadurch, dass für die Erstellung solcher Anlagen Kosten (Löhne und Gehälter, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe etc.) angefallen sind, sind diese Kosten in der Gewinn- und Verlustrech-

nung bereits als Aufwand enthalten. Da sie aber erst im Laufe der Nutzungsdauer zu Aufwand werden, können sie nicht im Jahre ihrer Erstellung als Aufwand verrechnet werden. Aus diesem Grund werden diese Eigenleistungen im Jahr ihrer Erbringung wie ein Ertrag behandelt, mit anderen Worten: von den Aufwendungen abgezogen.

Bei den **sonstigen ordentlichen Erträgen** sind zum Zeitpunkt der Planerstellung naturgemäß die relevanten Daten noch nicht alle vorhanden. Insbesondere nicht in genauer Höhe zu erwarten waren die tatsächlichen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (– 36 T€).

Die **Abschreibungen** sind wegen des Zurückfallens des zeitlichen Ansatzes der Fertigstellung einzelner Vorhaben geringer ausgefallen (– 85 T€).

Bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** (– 346 T€) tritt in fast allen Bereichen wie Heizung (– 187 T€), Strom (– 53 T€), Wasser und Abwasser (– 17 T€) ein geringerer Aufwand als geplant ein. Lediglich die Reinigungsleistung hat einen Anstieg in Höhe von 44 T€ zu verzeichnen (+ 3,8 %). Darüber hinaus gehende größere Abweichungen beruhen auf Kontenzuordnungskorrekturen.

III.2.3.2 Investitionsprogramm

Das Ergebnis der Vorjahresbilanz wies einen Verlust in Höhe von 17 T€ aus.

Planerisch ist im Jahresergebnis 2010 wiederum ein Verlust in Höhe von 160 T€ ausgewiesen gewesen; tatsächlich konnte ein Überschuss in Höhe von 216 T€ erzielt werden.

Im Bereich der Zuweisungen sind planerisch 2.353 T€ aus Mitteln des Landes im Finanzplan eingestellt gewesen. Tatsächlich eingezahlt wurden 1.027 T€. Die seitens des Landes avisierten Mittel konnten aufgrund des Baufortschrittes verschiedener Maßnahmen in 2010 nicht mehr realisiert werden.

III.2.3.3 Stellenübersicht

Die Stellenübersicht für das Wirtschaftsjahr 2010 enthält 31,15 Stellen. Die Abweichung gegenüber dem Vorjahr beruht auf einer Aufstockung im Ingenieurbereich im Hinblick auf die Baubetreuung. Auf Grund langwieriger Erkrankungen von Mitarbeitern konnte die beabsichtigte Entlastung der Baubetreuung nicht realisiert werden.

Inhaltlich sei in diesem Zusammenhang verwiesen auf VI. „Besondere Risiken...“, 2. Absatz im Rechenschaftsbericht (Anlage III).

III.2.3.4 Anhang

Der Regiebetrieb Gebäudewirtschaft hat dem RPA einen sogenannten Rechenschaftsbericht vorgelegt. Dieser stellt inhaltlich sowohl einen Anhang nach § 55 GemHKVO als auch einen Rechenschaftsbericht nach § 57 GemHKVO dar.

Das RPA sieht deshalb die erforderlichen Berichtspflichten als erfüllt an. Es verzichtet auf eine trennende Stellungnahme zu diesem „Rechenschaftsbericht“ und hat deshalb denselben - der Intention des Verfassers folgend- soweit für erforderlich erachtet, kommentiert.

Unter Zugrundelegung des Jahresabschlusses und der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse wird an dieser Stelle anerkannt, dass die Ausführungen mit den einzelnen Leistungskennziffern (finanzieller und nichtfinanzieller Art) im Einklang stehen. Insoweit vermittelt der Rechenschaftsbericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Regiebetriebes; sofern prognostische Aussagen getroffen worden sind, erscheinen sie vor dem Hintergrund der Jahresabschlussangaben plausibel.

Nach unserer Auffassung ist damit eine ausreichende und zutreffende Darstellung der wesentlichen Risiken der zukünftigen Entwicklung erfolgt.

Landkreis Wolfenbüttel
Rechnungsprüfungsamt

Wolfenbüttel, 24. 09 2012

gez.
A. Kamp

gez.
B. Mitzinneck

Regiebetrieb Gebäudewirtschaft Bilanz zum 31.12.2010

<u>AKTIVA</u>	2010 -Euro-	2009 -Euro-	<u>PASSIVA</u>	2010 -Euro-	2009 -Euro-
1 Immaterielles Vermögen	14.539,73	18.597,32	1 Nettoposition	43.874.351,78	42.644.391,82
1.1 Konzession	0	0	1.1 Basis-Reinvermögen	40.133.980,78	40.059.700,78
1.2 Lizenzen	14.539,73	18.597,32	1.1.1 Reinvermögen	40.133.980,78	40.059.700,78
1.3 Ähnliche Rechte	0	0	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	0	0
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0	0	1.2 Rücklagen	0	0
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0	0	1.3 Jahresergebnis	198.757,86	-17.308,66
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	0	0	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	-17.308,66	0
			1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus HHR f. Aufwendungen (in Klammern)	216.066,52	-17.308,66
2 Sachvermögen	49.949.707,84	48.256.078,41	1.4 Sonderposten	3.541.613,14	2.601.999,70
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0	0	1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	3.541.613,14	2.601.999,70
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	45.326.090,83	45.708.151,47	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	0	0
2.3 Infrastrukturvermögen	0	0	1.4.4 Bewertungsausgleich	0	0
2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	0	0	1.4.5 erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	0	0
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0	0	1.4.6 Sonstige Sonderposten	0	0
2.6 Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge	51.122,08	40.873,84	2 Schulden	8.191.483,43	9.270.134,09
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	513.025,43	461.580,88	2.1 Geldschulden	4.789.077,32	5.240.971,52
2.8 Vorräte	0	0	2.1.1 Anleihen	0	0
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	4.059.469,50	2.045.472,22	2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	4.789.077,32	5.240.971,52
			2.1.3 Liquiditätskredite	0	0

			2.1.4 Sonstige Geldschulden	0	0
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	3.395.198,25	3.761.256,53
3 Finanzvermögen	1.205.071,16	2.863.574,58	2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.207,86	267.906,04
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	2.4 Transferverbindlichkeiten	0	0
3.2 Beteiligungen	0	0	2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	0	0
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	0	0	2.5.1 Durchlaufende Posten	0	0
3.4 Ausleihungen	1.077.067,04	1.178.226,46	2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer	0	0
3.5 Wertpapiere	0	0	2.5.3 Empfangene Anzahlungen	0	0
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	0	0	2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	0	0
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	0	0			
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	128.004,12	1.685.348,12	3 Rückstellungen	253.665,88	166.365,91
3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	0	0	3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0	0
			3.2 Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen	239.885,88	143.713,14
4 Liquide Mittel	1.150.182,36	904.313,71	3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0	10.152,77
			3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0	0
5 Aktive Rechnungsabgrenzung	0	38.327,80	3.8 Andere Rückstellungen	13.780,00	12.500,00
			4 Passive Rechnungsabgrenzung	0	0
Bilanzsumme	52.319.501,09	52.080.891,82	Bilanzsumme	52.319.501,09	52.080.891,82

Anlage II – Ergebnisrechnung 2010

**Regiebetrieb Gebäudewirtschaft
Ergebnisrechnung 2010**

Erträge- und Aufwendungen		Ergebnis	Ansatz	Ergebnis
		2010	2010	2009
		-Euro-		
1		2	3	4
	ordentliche Erträge			
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0,00
2.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.430,00	0	0,00
3.	Auflösungserträge aus Sonderposten	87.859,64	121.500	56.914,27
4.	sonstige Transfererträge	0,00	0	0,00
5.	öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	0	0,00
6.	privatrechtliche Entgelte	6.669.061,57	6.633.300	6.804.218,76
7.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	0,00
8.	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	49.003,01	59.800	59.132,06
9.	aktivierte Eigenleistungen	154.854,62	150.000	106.760,89
10.	Bestandsveränderungen	0,00	0	0,00
11.	sonstige ordentliche Erträge	0,00	0	0,00
12.	= Summe ordentliche Erträge	6.970.208,84	6.964.600	7.027.025,98
	ordentliche Aufwendungen			
13.	Aufwendungen für aktives Personal	1.545.085,16	1.461.200	1.498.591,62
14.	Aufwendungen für Versorgung	0,00	2.000	0,00
15.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.495.015,68	3.840.900	3.860.864,34
16.	Abschreibungen	1.468.645,83	1.553.600	1.396.229,73
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	231.999,69	232.200	251.947,07
18.	Transferaufwendungen	0,00	0	0,00
19.	sonstige ordentliche Aufwendungen	40.771,25	39.600	49.659,63
20.	= Summe ordentliche Aufwendungen	6.781.517,61	7.129.500	7.057.292,39
21.	= ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss(+) /Jahresfehlbetrag(-) (= Zeilen 12 und 20)	188.691,23	-164.900	-30.266,41
22.	außerordentliche Erträge	27.375,29	5.000	14.314,35
23.	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	1.356,60
24.	außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 22 und 23)	27.375,29	5.000	12.957,75
	= Jahresergebnis Überschuss (+), Fehlbetrag (-)	216.066,52	-159.900	-17.308,66

Anlage III – Anhang zum Jahresabschluss 2010

Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2010
Regiebetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Wolfenbüttel

I. Allgemeines

Auf Beschluss des Kreistages vom 16.09.2002 sind die Gebäude und Grundstücke des Landkreises Wolfenbüttel seit dem 01.07.2003 im seinerzeit geschaffenen Amt für Gebäudewirtschaft zentral bewirtschaftet worden. Seit dem 01.01.2004 erfolgt die Bewirtschaftung durch den Regiebetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Wolfenbüttel, der gem. § 110 Abs. 2 NGO als kaufmännisch geführte Einrichtung (optimierter Regiebetrieb) betrieben wurde. Rechtliche Grundlagen waren die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) sowie die Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen (EinrVO-Kom) in den jeweils gültigen Fassungen.

Am 01.01.2006 ist mit der Novellierung des kommunalen Haushaltsrechts durch das Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindefinanzrechtlicher Vorschriften (NeuOGemHR) u. a. § 110 NGO geändert worden. Gem. Art. 6 Abs. 5 NeuOGemHR konnte das kommunale Hauptorgan bis zum 31.03.2006 beschließen, dass für eine Übergangszeit die bis Ende 2005 geltende Fassung des § 110 NGO für Einrichtungen der Körperschaft nach § 108 Abs. 3 NGO, die am 31.12.2005 bereits bestanden, anwendbar bleibt. Dieser Beschluss wurde am 20.03.2006 vom Kreistag entsprechend gefasst. Gem. § 110 Abs. 2 NGO (a. F.) galt für den Regiebetrieb Gebäudewirtschaft damit weiterhin bis zum Ablauf der Übergangsfrist oder einer entsprechenden erneuten Beschlussfassung die EinrVO-Kom.

Der Landkreis Wolfenbüttel führte zum 01.01.2010 das Neue Kommunale Rechnungswesen ein. Für die Regiebetriebe wurde nicht, wie für die Eigenbetriebe, ein Wahlrecht eingeräumt, das bisherige Verfahren beizubehalten. Der Regiebetrieb Gebäudewirtschaft hat daher zum 01.01.2010 ebenfalls auf das Neue Kommunale Rechnungswesen umgestellt.

Der gem. § 65 NLO in Verbindung mit § 84 NGO aufzustellende Haushaltsplan besteht aus dem Ergebnis- und dem Finanzhaushalt. Im Rahmen des Jahresabschlusses werden eine Ergebnis- und eine Finanzrechnung, eine Schlussbilanz und der Anhang erstellt. Ein auf den neuen Vorschriften basierender Abschluss für den Regiebetrieb Gebäudewirtschaft wird erst- und letztmalig mit dem Jahresabschluss 2010 erstellt. Der Kreistag hatte in seiner Sitzung am 14.06.2010 beschlossen, den Regiebetrieb Gebäudewirtschaft zum 01.01.2011 wieder als Amt Gebäudewirtschaft in den Kernhaushalt zu integrieren. In den kommenden Jahren wird somit ein Einzelabschluss des Amtes Gebäudewirtschaft nicht mehr zu fertigen sein, da dies mit dem Abschluss des Haushaltes des Landkreises Wolfenbüttel insgesamt erledigt wird.

II. Angaben zum Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2010

Die Bundesregierung hatte in 2009 ein Programm zur Belebung der Konjunktur beschlossen. Der Landkreis Welfenbüttel erhielt insgesamt 3.893 T€ als Investitionspauschale für Maßnahmen, die aus dem Konjunkturprogramm II förderfähig sind. Der Eigenanteil des Landkreises beträgt 816 T€. Zusätzlich werden für Baumaßnahmen an Schulen (Förderprogramm Schulinfrastruktur) bis zu 515 T€ (enthalten sind 51 T€ Eigenanteil) ausgegeben. Für die Realisierung des Konjunkturprogramms II wurden, soweit möglich, andere geplante Baumaßnahmen auch im Kalenderjahr 2010 zurückgestellt, die jedoch in künftigen Jahren durchgeführt werden müssen.

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2010, der mit einem Defizit von 159.900 € geplant war, wird im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Gewinn in Höhe von 216.06652 ausgewiesen.

Nachfolgend werden die einzelnen Positionen erläutert. Wesentliche Abweichungen zum Wirtschaftsplan 2010 resultieren aus:

1. Ordentliche Erträge

a) Auflösungserträge aus Sonderposten:

Die Auflösungserträge aus Sonderposten blieben um 33.640,36 € zurück. Dies liegt an der Tatsache, dass die mit dem Konjunkturprogramm II zugeflossenen Investitionszuweisungen erst mit der Fertigstellung und dem Beginn der Nutzung des Gebäudes oder Gebäudeteiles beginnen.

b) Zinsen und ähnliche Finanzerträge

Die Zinserträge liegen um 10.796,99 € hinter der Planung zurück. Dies hängt mit dem niedrigen Verzinsungsniveau im Bankensektor zusammen. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung war ein höheres Zinsniveau und damit ein höheres Ertragsniveau erwartet worden.

Insgesamt bewegen sich die ordentlichen Erträge fast auf den Punkt auf Planungsniveau.

2. Ordentliche Aufwendungen

a) Aufwendungen für aktives Personal

Die tatsächlichen Aufwendungen übersteigen den Planansatz um 83.885,16 €. Dies hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass eine notwendige Zuführung zu Rückstellungen für Altersteilzeit in die Planung nicht eingeflossen ist. Der abzuführende Betrag in Höhe von 90.372,74 € verschlechtert das Ergebnis in diesem Segment und damit das Gesamtergebnis.

b) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die herausragenden Abweichungen sind bei der Wartung, der Unterhaltung der Grundstücke

Rechenschaftsbericht Regiebetrieb Gebäudewirtschaft

- 3 -

und baulichen Anlagen, der Unterhaltung der technischen Anlagen und Maschinen sowie der Unterhaltung der Außenanlagen und Grundstücke zu finden. Allein hier sind 127.639,26 € weniger als geplant aufgewendet worden. Dies hängt mit der gleichzeitigen und aufwendigen Umsetzung der Investitionsmaßnahmen des Konjunkturprogramms II zusammen. Hier ist bei begrenztem Personal der Schwerpunkt auf der fristgerechten Umsetzung der Investitionsmaßnahmen gelegt worden. Im Bereich der Nebenkosten wurden bei den Heizkosten für Öl und Gas (-186.626,92 €), den Stromaufwendungen (- 53.349,80 €) sowie den Kosten für Wasser und Abwasser(- 16.643,34 €) insgesamt 256.620,06 € weniger aufgewandt worden. Dagegen liegen die Reinigungskosten mit 43.729,31 € über der Planung.

Insgesamt liegen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen damit mit 345.884,32 € hinter der Planung zurück.

c) Abschreibungen

Die Abschreibungen liegen mit 84.954,17 € hinter der Planung zurück. Dies liegt einerseits an den Abschreibungen für Gebäude, die mit 116.999,24 € geringer als geplant ausfallen. Hier sei auf bereits oben erwähnte spätere Nutzung von neuen Gebäuden und Gebäudeteilen verwiesen. Da der Vollzug der Baumaßnahmen erst im Kalenderjahr 2011 oder sogar später einsetzt, beginnt somit auch die Abschreibung später. Dennoch sind aber auch 36.976,83 € für Abschreibungen auf Forderungen aufzuwenden gewesen. Dies hängt mit einem Verdichtungsfehler in der Kosten- und Leistungsrechnung zusammen. Dieser Verdichtungsfehler führte zu einer überhöhten Nebenkostenabrechnung, die entsprechend korrigiert werden musste. Damit waren die Forderungen ebenfalls abzuändern.

Insgesamt liegen die ordentlichen Aufwendungen um 347.982,39 € hinter der Planung zurück.

Das ordentliche Ergebnis liegt damit mit 353.591,23 € besser als die eigentliche Planung.

3. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis fällt um 22.375,29 € positiver als die Planung aus. Hintergrund sind um 22.375,29 € höhere Schadensersatzleistungen.

4. Gesamtergebnis

Das Gesamtergebnis fällt unter Berücksichtigung der vorigen Ausführungen um 375.966,52 € besser als die Planung aus. Damit schließt die Ergebnisrechnung mit einem Gewinn von 216.066,52 €. Dieser Gewinn fließt der Nettoposition zu.

Rechenschaftsbericht Regiebetrieb Gebäudewirtschaft

- 4 -

5. Kreditaufnahme

Kredite wurden lediglich in Form zinsloser Darlehen aus der Kreisschulbaukasse gewährt. Dadurch entfällt eine zusätzliche Belastung durch Darlehenszinsen und eine weitere Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

6. Eigenkapitalverzinsung

Auf eine Berücksichtigung einer Eigenkapitalverzinsung wurde weiterhin, wie mit der Kämmerei vereinbart, verzichtet, um eine zusätzliche Belastung des Ergebnishaushaltes zu vermeiden.

III. Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen

1. Aktiva

a) Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen hat sich um 4.057,59 € verringert.

b) Sachvermögen

Das Sachvermögen hat sich um 1.693.629,43 € auf 49.949.707,84 € gesteigert. Dies hängt insbesondere mit der Bilanzposition "Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau" zusammen. Allein hier hat es eine Steigerung von 2.045.472,22 € auf 4.059.469,50 € gegeben. Hier wirken die umfangreichen Maßnahmen des Konjunkturpaketes II.

Hier ist darauf hinzuweisen, dass die im Rahmen des NKR allgemein festgelegte Abschreibungsdauer von 90 Jahren zu Beginn des Netto Regiebetriebes Gebäudewirtschaft nicht festgelegt worden ist. Zum Zeitpunkt der Einrichtung des Netto Regiebetriebes Gebäudewirtschaft galten die Regelungen des HGB, was eine regelmäßige Abschreibungsdauer von 50 Jahren auf Gebäude bedeutete.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden als Sammelposten abgebildet und über fünf Jahre linear abgeschrieben.

c) Finanzvermögen

Das Finanzvermögen ist um 1.658.503,42 € auf 1.205.071,16 € gesunken. Dies hängt mit der Forderung aus Liquiditätskrediten sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen den Landkreis Wolfenbüttel zusammen. Im Rahmen der Rückführung des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft in den Kernhaushalt gingen die Forderungen vollständig unter.

Die Ausleihungen bestehen im Wesentlichen aus den Schuldendienstleistungen für die HRS

Rechenschaftsbericht Regiebetrieb Gebäudewirtschaft

- 5 -

Remlingen (1.005.047,60 €).

d) Liquide Mittel

Die liquiden Mittel haben sich innerhalb des Jahres 2010 positiv um 245.868,65 € auf 1.150.182,36 € entwickelt.

e) Aktive Rechnungsabgrenzung

Mit der Rückführung des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft in den Kernhaushalt wurden sämtliche Rechnungsabgrenzungsposten gelöscht und dem Kernhaushalt übergeben.

2. Passiva

a) Nettoposition

Die Nettoposition ist im Wirtschaftsjahr 2010 um 1.229.959,96 € angewachsen. Hierzu trägt das Jahresergebnis in Höhe von 216.066,52 € bei. Weiterhin waren Steigerungen bei den Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse in Höhe von 728.273,08 € durch die Umsetzung des Konjunkturpaketes II sowie bei den Sonderposten aus Investitionszuweisungen des Landes für Schulinfrastruktur in Höhe von 281.750,96 € zu beobachten.

Mit Beschluss des Kreistages vom 07.07.2008 wurden 5.000 T€ als Stammkapital festgelegt. Das restliche Eigenkapital wird als Nettoposition Reinvermögen ausgewiesen.

b) Schulden

Die Schulden haben sich um 1.078.650,66 € auf 8.191.483,43 € verringert. Hierzu trugen die Verringerung der Kreditverbindlichkeiten gegenüber Gemeindeverbänden um 246.098,47 € auf 2.520.952,41 € sowie gegenüber Kreditinstituten um 205.795,73 € auf 2.268.124,91 € bei. Zudem sanken die Verbindlichkeiten gegenüber der Kreisschulbaukasse um 366.058,28 € auf 3.395.198,25 €. Zudem sanken die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 260.698,18 € auf nur noch 7.207,86 € und bestehen aus Verbindlichkeiten aus Sicherungseinhalten.

c) Rückstellungen

Die Rückstellungen haben sich um 87.299,97 € auf 253.665,88 € entwickelt. Hierfür sorgte insbesondere die Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeit in Höhe von 90.372,74 €.

3. Gesamtbetrachtung

Insgesamt hat sich Bilanzsumme um 238.609,27 € verlängert.

Rechenschaftsbericht Regiebetrieb Gebäudewirtschaft

- 6 -

IV. Finanzrechnung

Die Finanzrechnung weist die im Haushaltsjahr geleisteten Auszahlungen und empfangenen Einzahlungen aus und stellt damit den eigentlichen Zahlungsstrom dar.

Der positive Saldo fällt mit 245.868,65 € um 2.083.468,65 € höher als geplant aus. Damit erhöht sich der Zahlungsmittelbestand zum 31.12.2010 auf 1.150.182,36 €

V. Investitionstätigkeit

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anhang (Anlagennachweis) zum Jahresabschluss dargestellt.

Einzelne vermögenswirksame Baumaßnahmen 2010 werden im Folgenden kurz erläutert:

Elm-ASSE Schule Schöppenstedt: Brandschutz. II. Bauabschnitt

Fortführung der Brandschutzmaßnahme.

Haupt- und Realschule Sickte: Mensabau und Mehrjahresprogramm

Beginn der Baumaßnahme Mensa sowie Fortführung des Mehrjahresprogramms.

Mehrijahresprogramm Sporthalle Baddeckenstedt

Das Mehrjahresprogramm in der Sporthalle Baddeckenstedt wurde fortgeführt.

Schule im Innerstetal Baddeckenstedt. Brandschutzmaßnahmen

Erstellung neuer Fluchtwege, Fluchttreppenhäuser, Rauchabschnitte sowie Brandschutzdecken mit Wärmedämmung im Rahmen des KP II.

Peter- RÄUBER Schule. Welfenbüttele behindertengerechte Schulhofgestaltung

Es ist eine behindertengerechte Schulhofgestaltung umgesetzt

Ludwig -von - Strümpell - Schule. Schöppenstedt. Brandschutzmaßnahmen

Erstellung neuer Fluchtwege, Fluchttreppenhaus, Rauchabschnitte sowie Brandschutzdecken mit Wärmedämmung im Rahmen des KP II.

Wallstraße Welfenbüttele Umbau zur Integrierten Gesamtschule (IGS)

Umsetzung der Bauabschnitte 1 und 2 sowie erster Planungsleistungen für die zu errichtende

Rechenschaftsbericht Regiebetrieb Gebäudewirtschaft

- 7 -

Sporthalle.

Werla-Schule Schladen. Brandschutz I. BA

Fortführung der Brandschutzmaßnahmen im I. BA.

Verwaltungsgebäude Bahnhofstr. 11 Wolfenbüttel. Brandschutzmaßnahmen. Erneuerung von Fassaden und Fenstern. Sanierung und Umgestaltung des großen Sitzungssaales

Fortsetzung der begonnenen Brandschutzmaßnahmen, Erneuerung von Fenstern und Fassaden am Neubau sowie Beginn der Umgestaltung und Sanierung des großen Sitzungssaales aus KP II- Mitteln.

Verwaltungsgebäude Harztorwall 25 Wolfenbüttel. Brandschutzmaßnahmen

Beginn der Brandschutzmaßnahmen aus KP II-Mitteln.

Bildungszentrum Harzstr. 2 - 5 Wolfenbüttel. Dachsanierung

Beginn der Dachsanierung aus KP II-Mitteln.

VI. Vorschau auf das Wirtschaftsjahr 2011

Vorgesehen sind für das Jahr 2011 folgende vermögenswirksame Baumaßnahmen:

Elm - Asse Schule Schöppenstedt Brandschutzmaßnahmen

Ausführung der Brandschutzmaßnahmen im Gebäudeteil D, 1. OG.

Haupt- und Realschule Sickte: Brandschutzmaßnahmen

Erstellung neuer Fluchtwege, Fluchttreppenhäuser, Rauchabschnitte, Brandschutzdecken mit Wärmedämmung. Diese Maßnahmen stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Mensabau.

Haupt- und Realschule Sickte: Mensa

Fortsetzung des Baus der Mensa (1. Bauabschnitt); Ausführungsplanung, Ausschreibung, Bauleitung des Verwaltungstraktes (2. Bauabschnitt), Übernahme der Bauherrenfunktion.

Wallstraße Wolfenbüttel. Umbau zur IGS

Planungsleistungen und Ausführungsplanung zur Nutzung des Gebäudes als Integrierte Gesamtschule.

Peter- Räuber- Schule. Wolfenbüttel: Fertigstellung der behindertengerechten Schulhofge

Rechenschaftsbericht Regiebetrieb Gebäudewirtschaft

- 8 -

staltung

Ausführungsplanung, Ausschreibung, Bauleitung und Abrechnung der Maßnahme. Instandsetzung und Neuerrichtung von Spielgeräten, gepflasterten Wegen, Begrünung, Einfriedung, Rauchschutztür sowie Instandsetzungsmaßnahmen am und im Gebäude.

Schule im Innerstetal Baddeckenstadt Brandschutzmaßnahmen:

Erstellung neuer Fluchtwege, Fluchttreppenhäuser, Rauchabschnitte, Brandschutzdecken mit Wärmedämmung sowie die hierfür erforderliche Ausführungsplanung, Ausschreibung, Bauleitung und teilweise Abrechnung der Maßnahmen.

Das insgesamt vorgesehene investive Gesamtvolumen bei Aufstellung des Haushaltsplanes 2011 für Baumaßnahmen betrug insgesamt 4.913 T€ Für Baumaßnahmen, die durch das Konjunkturprogramm II gefördert werden, beträgt der Anteil 1.199 T€

Besondere Risiken für das Wirtschaftsjahr 2011:

Mit der Übernahme des Schulzentrums Wallstraße zum 01.07.2010 und dem Ausbau zu einer integrierten Gesamtschule (IGS) wurden erhebliche Investitionen für die kommenden Jahre ausgelöst. Bei dem Gebäude handelt es sich im Wesentlichen um ein über 120 Jahre altes, unter Denkmalschutz stehendes Gebäude. Damit sind nicht vorhersehbare Bauschäden an dem Gebäude nicht auszuschließen; diese Unwägbarkeiten werden die Gebäudewirtschaft während der gesamten Bauphase begleiten.

Mit der Abwicklung des Konjunkturprogramms II ist weiterhin ein deutlicher Anstieg des Arbeitsaufwands für das technische Personal des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft verbunden. Die im Lagebericht 2010 prognostizierte Überlastung einzelner Mitarbeiter des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft ist eingetreten. Schlimmer noch wirken sich tatsächlich eingetretene krankheitsbedingte Ausfälle aus. Neben zusätzlichen Kosten durch notwendige Honorarkräfte werden weitere Mehrbelastungen auf die verbliebenen Mitarbeiter verteilt. Die bisher fristgerechte Ausführung einzelner Bauvorhaben war nur möglich, weil die Mitarbeiter des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft über eine über das normale Maß hinaus gehende Identifikation mit ihrem Arbeitsplatz und den damit verbundenen Herausforderungen aufweisen.

Generell muss auf einen möglichen Sanierungsstau hingewiesen werden, sofern ein weiterer harter Konsolidierungskurs innerhalb des Landkreishaushaltes gefahren wird. Die bisherigen Standards in den Gebäuden (insbesondere der Schulgebäude) werden dann nicht mehr zu halten sein. Dies wiederum gefährdet die Erreichung des Oberzieles 6, den Einwohnerinnen und

Rechenschaftsbericht Regiebetrieb Gebäudewirtschaft

- 9 -

Einwohnern des Landkreises Welfenbüttel ein leistungsfähiges und zukunftsorientiertes Bildungsangebot zur Verfügung zu stellen.

Das Projekt "Einführung eines EDV-gestützten Facility- Managements" ist auch im Kalenderjahr 2010 nicht vorangekommen, da für diese Aufgabe keine Personalanteile zur Verfügung standen. Im Sommer 2011 wurde das Projekt wieder neu aufgenommen; einzelne Zielfelder werden innerhalb des Projektes noch bestimmt werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt darf davon ausgegangen werden, dass das Programm im Jahr 2012 endlich in den Echtbetrieb gehen wird. Von großem Vorteil ist es, dass ein Mitarbeiter des Amtes Gebäudewirtschaft durch eine Aufgabenänderung nun entsprechende Anteile seines Dienstpostens in den Dienst des Projektes stellt.

Weitere Risiken bezüglich der zukünftigen Entwicklung des Amtes Gebäudewirtschaft werden durch die Amtsleitung nicht gesehen.

Schließlich ist dieser Rechenschaftsbericht letztmalig anzufertigen. Mit dem Beschluss des Kreistages, den Nettoregiebetrieb Gebäudewirtschaft mit dem Jahreswechsel 2010/ 2011 in den Kernhaushalt des Landkreises Welfenbüttel zurückzuführen, endet die Verpflichtung zur eigenständigen Haushaltsplanung und Rechnungslegung. Ab dem Haushaltsjahr 2011 findet sich das Amt Gebäudewirtschaft als eigener Teilhaushalt im Haushalt des Landkreises Welfenbüttel wieder.

Welfenbüttel, den 30. Dezember 2011

Thiele

Anlage IV – Forderungsübersicht

Forderungsübersicht

Art der Forderungen		Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamt- betrag am 31.12. des Vorjahres	Mehr (+) weniger (-)
			bis zu 1 Jahr	Über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
		-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-		
<i>1</i>		<i>2</i>	<i>3</i>	<i>4</i>	<i>5</i>	<i>6</i>	<i>7</i>
1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	+ 0,00
2.	Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	+ 0,00
3.	Sonstige privatrechtliche Forderungen	128.004,12	128.004,12	0,00	0,00	1.685.348,12	- 1.557.344,00
3.1	sonst. allg. Forderungen	604,09	604,09	0,00	0,00	1.336,24	- 732,15
3.2	Privatrechtl. Forderungen aus Dienstleistungen	127.400,03	127.400,03	0,00	0,00	0,00	+ 127.400,03
3.3	sonst. Forderungen Liquiditätskredit Landkreis	0,00	0,00	0,00	0,00	1.615.000,00	- 1.615.000,00
3.4	Forderungen aus LL ggü. Landkreis	0,00	0,00	0,00	0,00	69.011,88	-69.011,88
Forderungen insgesamt		128.004,12	128.004,12	0,00	0,00	1.685.348,12	- 1.557.344,00

Schuldenübersicht

Art der Schulden		Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres -Euro-	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamt- betrag am 31.12.des Vorjahres -Euro-	Mehr (+) / Weniger (-)
			bis zu 1 Jahr -Euro-	Über 1 bis 5 Jahre -Euro-	mehr als 5 Jahre -Euro-		
1		2	3	4	5	6	7
1.	Geldschulden						
1.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	+ 0,00 €
1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	4.789.077,32	472.808,77	2.121.278,18	2.194.990,37	5.240.971,52	- 451.894,20 €
1.3	Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	+ 0,00 €
1.4	sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	+ 0,00 €
2.	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	3.395.198,25	355.186,15	985.931,11	1.774.359,60	3.761.256,53	- 366.058,28 €
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.207,86	7.207,86	0,00	0,00	267.906,04	- 260.698,18 €
4.	Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	+ 0,00 €
5.	sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	+ 0,00 €
Schulden insgesamt		8.191.483,43	835.202,78	3.107.209,29	3.969.349,97	9.270.134,09	- 1.078.650,66 €

Anlagennachweis des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft zum 31.12.2010

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Restbuchwerte am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwerte am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres	Kennzahlen	
	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Endstand	Anfangsstand	Zugang, d.h. Abschreibungen im Wirtschaftsjahr	Abgang, d.h. angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 4 ausgewiesenen Abgänge	Endstand			Durchschnittlicher Abschreibungssatz	Durchschnittlicher Restbuchwert
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	v.H.	v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. EDV- Programme	32.330,00	0,00	0,00	0,00	32.330,00	13.732,68	4.057,59	0,00	17.790,27	14.539,73	18.597,32	12,55	44,97
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- u. anderen Bauten	81.953.527,32	964.940,12	0,00	0,00	82.918.467,44	36.245.375,85	1.347.000,76	0,00	37.592.376,61	45.326.090,83	45.905.838,47	1,62	54,66
2. Fahrzeuge	32.114,19	0,00	0,00	0,00	32.114,19	3.023,45	3.211,42	0,00	6.234,87	25.879,32	29.090,74	10,00	80,59
3. Maschinen und maschinelle Anlagen	26.621,65	17.419,04	0,00	0,00	44.040,69	14.838,55	3.959,38	0,00	18.797,93	25.242,76	11.783,10	8,99	57,32
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	954.493,71	110.043,55	0,00	0,00	1.064.537,26	492.912,86	58.592,56	0,00	551.505,42	513.031,84	461.580,85	5,50	48,19
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.045.472,22	2.013.997,28	0,00	0,00	4.059.469,50	0,00	0,00	0,00	0,00	4.059.469,50	1.847.785,22	0,00	100,00
III. Finanzanlagen													
1. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Sonstige Ausleihungen	26.253,25	0,00	3.498,26	0,00	22.754,99	0,00	0,00	0,00	0,00	22.754,99	26.253,27	0,00	100,00
Summe I., II. und III.	85.070.812,34	3.106.399,99	3.498,26	0,00	88.173.714,07	36.769.883,39	1.416.821,71	0,00	38.186.705,10	49.987.008,97	48.300.928,97		

Bei dem Restbuchwert zu Ziff. I.4. besteht eine Differenz in Höhe von 6,41 € zum ausgewiesenen Bilanzwert, die durch den Betrieb nicht erklärt werden kann. Aufgrund der unwesentlichen Höhe des Betrages wurde auf noch detailliertere Nachforschungen hierzu verzichtet.

Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Jahresabschlusses zum 31.12.2011

A. Bilanz

I. Aktivseite

1. Zum Anlagevermögen

Der Anlagenachweis bildet die Entwicklung des Anlagevermögens ab. Er gliedert sich in Anlagegruppen. Auf die Anlage VI zu diesem Bericht sei verwiesen.

Die Sachanlagen haben sich, wie in der folgenden Tabelle dargestellt, entwickelt:

	2010
Anschaffungswerte	
Stand 01.01.	85.070.812,34
Zugänge	3.106.399,99
Umbuchungen (nachrichtlich)	0,00
Abgänge	3.498,26
Stand 31.12.	88.173.714,07
Abschreibungen	
Stand 01.01.	36.769.883,39
Zugänge	1.416.821,71
Abgänge	0,00
Stand 31.12.	38.186.705,10
Buchwerte	49.987.008,97

Dabei entsprechen die Anfangswerte zum 01.01. denjenigen des Jahresabschlusses zum 31.12.2009. Auf den Erläuterungssatz unter Anlage VI wird hingewiesen.

Die Zugänge sind im Einzelnen nachgewiesen und grundsätzlich richtig in die Anlagenbuchhaltung übernommen worden.

1.1 Die ausgewiesenen Zugänge verteilen sich wie folgt:

	2010	2009
	€	€
EDV- Software	0,00	0,00
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	964.940,12	964.444,83
Fahrzeuge	0,00	19.816,50
Maschinen und maschinelle Anlagen	17.419,04	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	110.043,55	86.969,59
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.013.997,28	897.751,48
Gesamt	3.106.399,99	1.906.631,40

1.2 Finanzanlagen: Die ausgewiesenen Anlagenabgänge entfallen auf die Tilgung verauslagter Kosten für Sportanlagen an Schulen.

1.3 Das Abschreibungsverfahren entspricht dem der Vorjahre.

2. Zum Finanzvermögen

	31.12.2010	1.1.2010
	€	€
Ausleihungen	1.077.067,04	1.178.226,46
Sonstige privatrechtliche Forderungen	128.004,12	1.685.348,12
Gesamt	1.205.071,16	1.863.574,58

Durch die Kassenarbeit konnten die Alt- Forderungen im laufenden Geschäftsjahr weitestgehend ausgeglichen werden; positiv fällt auf, dass Forderungen im Wesentlichen auf den Stichtag realisiert werden.

Die Ausleihungen setzen sich zusammen aus Schuldendienstleistungen für den Neubau Schulgebäude Remlingen und ein Restdarlehen der Samtgemeinde Sickinge.

Die Minderung der sonstigen privatrechtlichen Forderungen beruht im Wesentlichen auf der Ablösung des dem Landkreis gewährten Liquiditätskredites.

Insgesamt sind Abschreibungen in Höhe von 36.976,83 € vorgenommen worden.

3. Liquide Mittel

Das *Guthaben* bei der Hausbank erhöhte sich im Berichtszeitraum um 245.868,65 € auf 1.150.182,36 €. Die Kontoführung verlief beanstandungsfrei.

II. Passivseite

1. Nettoposition		43.874.351,78 €
	01.01.2010	42.644.391,82 €

Die Veränderung der Nettoposition beruht auf einer Korrekturbuchung sowie dem Jahresergebnis und der Erhöhung der Sonderposten.

2. Sonderposten für Investitionszuweisungen		3.541.613,14 €
	01.01.2010	2.601.999,70 €

Die Sonderposten für Investitionszuweisungen beinhalten insbesondere Mittel zu den im Geschäftsjahr durchgeführten Maßnahmen des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft vom Land in Höhe von 1.010.024,04 €, der sich allerdings durch Abgänge im Konto auf 939.613,44 € saldiert.

3. Schulden

Die Restlaufzeiten der einzelnen Posten der Schulden sind in Anlage V nachvollziehbar dargestellt.

3. Rückstellungen		253.665,88 €
	01.01.2010	166.365,91 €

Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Anhang (Anlage III) erläutert.

B. Ergebnisrechnung

Die einzelnen Positionen der Ergebnisrechnung sollen im Folgenden in Teilbereichen in ihrer sachlichen und finanziellen Zusammensetzung erläuternd und transparent dargestellt werden und so jetzt und in Zukunft vergleichende Bewertungen ermöglichen.

1. ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge gliedern sich in der Ergebnisrechnung (dargestellt werden lediglich die für die Vergleichsrechnung zum Vorjahr und die für das Ergebnis relevanten Teilbeträge):

	Bezeichnung	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010
		€	€
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	9.430,00
3	Auflöserträge aus Sonderposten	56.914,27	87.859,64
6	privatrechtliche Entgelte	6.804.218,76	6.669.061,57
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	59.132,06	49.003,01
9	aktivierte Eigenleistungen	106.760,89	154.854,62
12	= Summe ordentliche Erträge	7.027.025,98	6.970.208,84

Die Zeilennummerierung folgt hier wie auch in den nachstehenden Tabellen der seitens des Landes vorgegebenen Systematik.

Auf Grund der Größe des Betrages wird die Zusammensetzung der privatrechtlichen Entgelte dokumentiert:

	Bezeichnung	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010
		€	€
	Mieten und Pachten	2.987.814,00	3.061.926,69
	Mieten und Pachten externer Dritter	47.668,85	57.654,50
	Erstattung der Mieten für angemietete Objekte aus dem Haushalt	32.886,48	27.664,16
	Erstattungen der Nebenkosten	3.625.306,38	3.464.659,63
	Nebenkosten externe Dritte	19.482,92	33.513,67
	Nebenkosten Erstattungen für angemietete Objekte aus dem Haushalt	25.611,97	26.381,78
	Erlös aus Nachzahlung Nebenkosten aus Vorjahren	64.140,28	-4.635,70
	Architektur- / Ingenieurleistungen	1.307,88	1.896,84

2. ordentliche Aufwendungen

	Bezeichnung	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010
		€	€
13	Aufwendungen für aktives Personal	1.498.591,62	1.545.085,16
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.860.864,34	3.495.015,68
16	Abschreibungen	1.396.229,73	1.468.645,83
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	251.947,07	231.999,69
19	sonstige ordentliche Aufwendungen	49.659,63	40.771,25
20	= Summe ordentliche Aufwendungen	7.057.292,39	6.781.517,61

2.1 Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen setzen sich zusammen aus:

	Bezeichnung	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010
		€	€
	Unterhaltung der Grundstücke u. baulichen Anlagen	603.252,35	489.166,49
	Wartung	66.981,71	89.376,55
	Unterhaltung techn. Anlagen u. Maschinen	419.820,29	358.877,39
	Unterhaltung u. Pflege v. Außenanlagen u. Grundstücken	84.045,67	59.840,31
	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	1.300,66	5.369,97
	Wartung u. Pflege EDV/ EDV Programme	9.032,25	8.671,32
	Erwerb GVG bis 150 €netto	2.773,88	4.318,27
	Mieten und Pachten	27.436,03	21.165,65
	Grundsteuern	1.524,20	1.330,94
	Reinigungskosten	1.160.623,86	1.188.729,31
	Sonderreinigungen	3.373,00	2.061,80
	Reinigungsmittel / Verbrauchsmaterialien	36.335,84	42.130,58
	Heizkosten (Öl und Gas)	771.118,16	565.973,08
	Stromaufwendungen	313.149,60	269.850,20
	Wasser / Abwasser	97.829,53	107.756,66
	Abfallentsorgungsgebühren	74.865,82	75.807,01
	Straßenreinigung	5.969,75	7.186,48
	Schornsteinfeger	0	0
	Versicherungsbeiträge Gebäude	41.565,11	42.208,26

	Versicherungsbeiträge Inventar	5.088,19	5.088,19
	Sonstige Bewirtschaftungskosten	13.055,97	13.421,44
	Nebenkosten für angemietete Objekte und ETW Dietr.- Bonhoeffer- Str.	21.363,36	18.970,57
	Haltung von Fahrzeugen Kfz-Steuer, Versicherung	214	1.510,05
	Haltung von Fahrzeugen Benzin, Öl usw. (Betriebsstoffe)	551,23	3.187,11
	Fortbildungskosten	1.359,00	870
	Arbeitsschutzkleidung	222,24	541,56
	Aufwendungen für den Arbeitsmedizinischen Dienst	14.433,64	17.366,49
	Verwaltungskostenerstattung Innere Verrechnungen	83.579,00	94.240,00

2.2 Ein weiterer Posten ist der Personalaufwand

	Bezeichnung	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010
		€	€
	Dienstaufwendungen Beamte	123.750,17	150.108,80
	Dienstaufwendungen Arbeitnehmer, Beschäftigte	958.399,91	945.115,50
	Leistungsentgelte	0	685,49
	Pauschal - Steuer	6.240,78	5.569,59
	Beiträge Versorgungskasse Beamte	54.387,76	76.665,64
	Beiträge Versorgungskasse Arbeitnehmer, Beschäftigte	61.951,41	49.150,12
	VBL - Sanierungsgeld	14.695,35	12.816,39
	Sozialversicherung Beschäftigte	199.423,76	197.136,04
	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäftigte	16.529,34	17.464,85
	Zuführung zu Rückstellungen für Altersteilzeit	63.213,14	90.372,74

2.3 Der Hauptbetrag der Abschreibungen ergibt sich aus dem Anlagenachweis (Anlage). Hinzurechnen sind hier die Aufwendungen aus der Auflösung der sogenannten Sammelposten (das sind geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten zwischen 150,00 € und 1.000,00 €, die im Jahr der Anschaffung zusammengefasst und über einen Zeitraum von 5 Jahren pauschal abgeschrieben werden) in Höhe von 14.847,29 € [Vorjahr: 7.671,59 €] und die in diesem Jahr aufgetretene Abschreibung auf Forderungen in Höhe von 36.976,83 € [Vorjahr: 0,00 €].

2.4 Unter dem Bereich der sonstigen ordentlichen Aufwendungen verbergen sich die folgenden Einzelbeträge:

	Bezeichnung	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010
		€	€
	Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	3.793,50	3.345,26
	Umzugskosten	1.170,25	1.109,88
	Aufwendungen für Getränke	1.826,50	2.140,44
	Bürobedarf	2.761,55	1.429,42
	Bücher und Zeitschriften	2.600,76	2.405,10
	Postgebühren	11.929,42	700,04
	Fernmeldegebühren	0,00	4.522,13
	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	18.672,07	15.376,25
	Reisekosten	4.575,35	7.112,63
	Öffentliche Bekanntmachungen	1.027,75	1.383,60
	Vervielfältigungskosten Druckerei	1.005,57	1.246,50
	Sonstige Geschäftsaufwendungen	296,91	0

3. außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Bestandteil des Jahresergebnisses ist neben dem Saldo aus ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) und ggfs. maßgeblich beeinflussend ist das außerordentliche Ergebnis als Saldo aus außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen, mithin solcher, die der Leistungserstellung nicht unmittelbar zu zurechnen, aber gleichsam als Nebenprodukt angefallen sind .

	Bezeichnung	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010
		€	€
22	<i>außerordentliche Erträge</i>	14.314,35	27.375,29
	Empfangene Schadensersatzleistungen	12.605,38	27.375,29
	Sonstige periodenfremde Erträge	1.708,97	0,00
23	<i>außerordentliche Aufwendungen</i>	1.356,60	0,00
	Aufwendungen aus der Veräußerung von Grundstücken u. Gebäuden	1.356,60	0,00
24	außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 22 und 23)	12.957,75	27.375,29

Anlage VIII – Fragenkatalog nach IDW PS 720

Fragenkatalog zur Prüfung in Anlehnung an § 53 HGrG

(entsprechend IDW PS 720; modifiziert)

In eigener Sache:

Der hier vorliegende Fragenkatalog orientiert sich im wesentlichen an dem seitens des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) herausgegebenen Prüfungsstandard (PS) 720 „Berichterstattung über die Erweiterung einer Abschlussprüfung nach § 53 HaushaltsGrundsätzeGesetz (HGrG)“.

Er ist aber darüber hinaus den Erfordernissen der im Landkreis Wolfenbüttel befindlichen Regiebetriebe angepasst worden. So sind alle Fragen, die sich auf Konzernstrukturen, Vergütung von Organmitgliedern und Managerversicherungen beziehen, als irrelevant aus dem Katalog herausgenommen worden, um die Übersichtlichkeit und die Informationsdichte zu erhöhen.

Gleichzeitig aber sind die Fragen zur internen Revision beibehalten worden, um den Zusammenhang zwischen interner Revision und Abschlussprüfung sowie gegebenenfalls (wenn gewollt) zukünftige Strukturen aufzuzeigen. Auch die Erwägungen zu Finanzierungsinstrumenten sind im Hinblick auf eine „echte“ Ausgliederung beibehalten worden.

Kritische Erwägungen hinsichtlich der Zweckmäßigkeit möglicher Entscheidungen sind ausdrücklich nicht Sinn dieses Kataloges. Vielmehr sollen hiermit zusätzliche Informationen für die mittelbewilligenden und überwachenden Organe, den Kreistag und den Kreisausschuss des Landkreises Wolfenbüttel sowie den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal, bereit gestellt werden.

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Betriebsleitung

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Betriebsleitung ? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäftsleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Regiebetriebes?

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Zu a) Gesonderte Geschäftsordnungen für den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal sowie für Kreistag und Kreisausschuss bestehen nicht, Zusammensetzung und Verfahren regeln die Hauptsatzung des Landkreises Wolfenbüttel sowie die Geschäftsordnung des Kreistages des Landkreises Wolfenbüttel.

Im Organisationsplan für den Landkreis Wolfenbüttel und im Aufgabengliederungsplan sowie in den Dienstanweisungen für den Regiebetrieb sind sowohl die Verantwortlichkeiten als auch die Vertretungsregelungen festgelegt. Diese Festlegungen sind sachgerecht.

Zu b) Im Berichtsjahr haben fünf Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personal stattgefunden, die auch protokolliert sind. Daneben finden nach wie vor mindestens wöchentlich Betriebsleiterbesprechungen statt.

II. Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) *Gibt es einen den Bedürfnissen des Regiebetriebes entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/ Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?*
- b) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?*
- c) *Hat die Betriebsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?*
- d) *Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?*
- e) *Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?*

Zu a) vergl. 1a. Eine Überprüfung findet statt; ggfs. erfolgt eine Anpassung. Die Feinstrukturierung in Bezug auf Verantwortlichkeiten wird hergestellt.

Zu b) Im Rahmen der Überprüfung wurden wesentliche Abweichungen nicht festgestellt.

Zu c) Innerhalb der Landkreisverwaltung existiert als verpflichtende Dienstanweisung der Verhaltenskodex gegen Korruption, der allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Kenntnis gegeben worden ist.

Zu d) Wesentliche Entscheidungsbefugnisse, die über die laufenden Geschäfte (Wertgrenzen) hinausgehen, liegen bei den Überwachungsorganen (Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal, Kreisausschuss und Kreistag). Der Kreistag beschließt insbesondere über den jährlich aufzustellenden Wirtschaftsplan.

Darüber hinaus gelten die allgemeinen Vergabevorschriften (VOB, VOL, VOF u.ä.) mit den dazu ergangenen hausinternen Dienstanweisungen.

Zu e) Abgeschlossene Verträge werden ordnungsgemäß verwaltet.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) *Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Regiebetriebes?*
- b) *Werden Planabweichungen systematisch untersucht?*
- c) *Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Regiebetriebes?*
- d) *Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?*
- e) *Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?*

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Regiebetriebes und umfasst es alle wesentlichen Unternehmensbereiche?

Zu a) Das Planungswesen ist den Bedürfnissen des Betriebes entsprechend ausgestaltet.

Zu b) Die Planerfüllung wird permanent beobachtet; wesentliche Abweichungen werden von der Betriebsleitung untersucht und den Überwachungsorganen gegenüber grundsätzlich schriftlich erläutert.

Zu c) Nach den Feststellungen der Prüfung entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung den Anforderungen des Betriebes.

Zu d) Die Liquidität des Betriebes unterliegt der laufenden Beobachtung durch den Betriebsleiter und den zuständigen Dezernenten; eine Liquiditätsplanung erfolgt mindestens wöchentlich.

Zu e) Ein Cash- Management existiert nicht.

Zu f) Rechnungen für Dienstleistungen werden zeitnah erstellt; das Mahnwesen wird sachgerecht wahrgenommen. Die betriebsnotwendigen Mietzahlungen des Landkreises erfolgen in zwölf Monatsraten.

Zu g) Die Stelle für das Rechnungswesen des Betriebes nimmt die Controllingaufgaben- namentlich das finanzielle Planungswesen und die Kostenrechnung- neben der Aufgabe der Finanzbuchhaltung wahr. Diese Aufgabenausgestaltung entspricht den derzeitigen Anforderungen des Betriebes.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Betriebsleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Zu a-d) Ein Risikofrüherkennungssystem existiert nach wie vor nicht.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Betriebsleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge- Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

c) Hat die Betriebsleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

- Erfassung der Geschäfte
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
- Kontrolle der Geschäfte?

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

e) Hat die Betriebsleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Betriebsleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Zu a-f) Der Einsatz von Finanzinstrumenten und anderen Termingeschäften ist der Kreiskasse des Landkreises Wolfenbüttel vorbehalten.

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Regiebetriebes entsprechende Interne Revision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision im Unternehmen? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

- e) *Hat die Interne Revision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?*
f) *Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?*

Zu a) Die Interne Revision erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- („assurance“-) und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Organisation bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese verbessern hilft. Vor dem Hintergrund dieses Anspruches existiert eine interne Revision klassischen Formats nicht.

Teilbereiche werden durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Wolfenbüttel wahrgenommen, beispielsweise im Rahmen der Vergabevorprüfungen und unvermuteten Prüfungen der Sonderkasse für den Regiebetrieb. Insofern werden tatsächlich Revisionsaufgaben wahrgenommen.

Zu b) Eine Gefahr von Interessenkonflikten besteht nicht, da Abschlussprüfung und der vorgenannte Aufgabenbereich personell unterschiedlich wahrgenommen werden.

Zu c) Im Rahmen der Kassenprüfung wird die Einhaltung der betriebsinternen Dienstanweisung für die Sonderkasse beobachtet.

Zu d) Eine Abstimmung der handelnden Personen findet ständig statt.

Zu e) Mängel wurden im Rahmen dieser Prüfung nicht festgestellt..

Zu f) Eine Kontrolle steht dem Rechnungsprüfungsamt im Rahmen interner Revisionsaufgaben nicht zu. Die Umsetzung der Empfehlungen obliegt der Betriebsleitung und dem zuständigen Dezernenten. Wirtschaftlich unzweckmäßige Maßnahmen und Rechtsverstöße werden im Rahmen der Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer beanstandet.

III. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?*
b) *Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Betriebsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?*
c) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?*

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Zu a) Nach den Ergebnissen der Prüfung sind zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte und Maßnahmen ordnungsgemäß mit der entsprechenden Zustimmung erfolgt.

Zu b) Die Zustimmungen wurden in jedem Fall eingeholt.

Zu c) Es haben sich keine entsprechenden Anhaltspunkte finden lassen.

Zu d) vergl. oben Antwort zu d) Fragenkreis 2.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/ Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/ Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Zu a) Die angemessene Planung und Prüfung von Investitionen wird zunächst durch die Aufstellung und Abwicklung des Wirtschaftsplanes gewährleistet. Unwirtschaftliche oder riskante Investitionen sind im Rahmen der Prüfung nicht festgestellt worden.

Zu b) Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Zu c) Die Überwachung und Untersuchung der durchzuführenden Investitionen erfolgt zunächst im Rahmen der Aufstellung und Abwicklung des jährlichen Wirtschaftsplanes; die Durchführung von Maßnahmen wird überwacht und Abweichungen werden aufgenommen, analysiert und im Rahmen der Möglichkeiten dokumentiert. Die Dokumentationen könnten ausführlicher erfolgen.

Zu d) Wesentliche Überschreitungen haben sich im Wirtschaftsjahr 2010 nicht ergeben.

Zu e) Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

- a) *Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?*
- b) *Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?*

Zu a) Nein, da die Einhaltung des Vergaberechts im Rahmen des Prüfermessens diesmal nicht einer der Schwerpunkte war.

Zu b) Derartige Geschäfte sind im abgelaufenen Wirtschaftsjahr nicht angefallen. Geldanlagen erfolgten ausschließlich verabredungsgemäß beim Landkreis Wolfenbüttel.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) *Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?*
- b) *Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Regiebetriebes und in die wichtigsten Unternehmensbereiche?*
- c) *Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?*
- d) *Zu welchen Themen hat die Betriebsleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet?*
- e) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach landkreisinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?*
- f) *Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Betriebsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?*

Zu a) Aufgrund betriebseigener Regelungen wird dem Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal grundsätzlich ein Quartalsbericht vorgelegt.

Zu b) Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr sind drei Quartalsberichte abgegeben worden, die die Lage des Betriebes aktuell und umfassend dargelegt haben.

Zu c) Grundsätzlich wurde der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal zeitnah und angemessen unterrichtet.

Zu d) Es bestand kein Bedarf.

Zu e) vgl. Antwort zu c).

Zu f) Interessenkonflikte bestanden nicht.

IV. Vermögens- und Finanzlage

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) *Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?*
- b) *Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?*
- c) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?*

Zu a) Offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen besteht am 31.12.2010 nicht.

Zu b) Die Höhe der Vermögensbestände birgt keine Auffälligkeiten.

Zu c) Die Vermögenslage gibt den tatsächlichen Bestand wieder.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) *Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?*
- b) *In welchem Umfang hat der Regiebetrieb Finanz-/ Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?*

Zu a) Der Regiebetrieb weist eine Nettoposition (vergleichbar HGB: Eigenkapital) in Höhe von 43,9 Mio. € bei einer Bilanzsumme von 52,3 Mio. € auf. Wesentliche Investitionsverpflichtungen bestehen am Ende des Wirtschaftsjahres nicht.

Zu b) Der Regiebetrieb hat einen Betrag in Höhe von 1.010.024,04 € € seitens des Landes Niedersachsen erhalten. Die Auflagen der Mittelgeber werden beachtet und in Verwendungsnachweisen dokumentiert.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) *Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?*
- b) *Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Regiebetriebes vereinbar?*

Zu a) Finanzierungsprobleme bestehen nicht.

Zu b) Ein Vorschlag, den entstandenen Überschuss zu verwenden, ist auf Grund der Rückführung des Betriebes obsolet.

V. Ertragslage

Fragenkreis 14: Rentabilität/ Wirtschaftlichkeit

- a) *Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Regiebetriebes nach Segmenten zusammen?*
- b) *Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?*
- c) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Betrieb und Trägerkörperschaft eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?*

Zu a) Der Betrieb weist nur ein Segment auf.

Zu b) nein.

Zu c) Nein, vielmehr unterliegt die Kreditbeziehung einer einvernehmlichen vertraglichen Regelung.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) *Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?*
- b) *Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?*

Zu a) Verlustbringende Geschäfte haben sich nicht ergeben.

Zu b) ja

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) *Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?*
- b) *Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Regiebetriebes zu verbessern?*

Zu a) Ein Fehlbetrag ist nicht entstanden

Zu b) Der Betrieb ist am Ende des Wirtschaftsjahres wieder in den Kernhaushalt integriert worden.